



Das Reichsbanner

Nr. 11

November 1970

14. Jahrgang

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

VERWIRKT

von Erich Knapp

Es ist höchste Zeit, den Artikel 18 des Grundgesetzes unserer Bundesrepublik ins Gedächtnis zurückzurufen. Er lautet:

„Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Absatz 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Absatz 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16 Absatz 2) zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, **verwirkt** diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.“

Dieser Artikel unserer Verfassung ist noch nie praktiziert worden. Die Ereignisse in Würzburg anlässlich der Konstituierung der „Aktion Widerstand“ geben Anlaß zu einer eindringlichen Bitte an die Bundesregierung: Sie möge dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Liste notorischer Neonazis und ihrer Finanzierer mit dem Antrag vorlegen, dieser Personengruppe bestimmte staatsbürgerliche Grundrechte abzusprechen.

Wer die Pressefreiheit mißbraucht, um die Versöhnung der Völker zu hintertreiben, sollte als Journalist und Verleger ausgeschaltet werden. Wer die Versammlungsfreiheit mißbraucht, um Mitglieder einer Regierung der Friedenspolitik mit Mord zu bedrohen, sollte diese Freiheit verlieren. Wer das Asylrecht in unserer Demokratie mißbraucht, indem er seine Fehden blutig austrägt, sollte ausgewiesen werden. Wer extremistische Parteien und Organisationen finanziert, sollte ohne Entschädigung enteignet werden.

Es ist eine Tatsache, daß seit 1950 ein relativ kleiner Haufen verbogener, fanatischer Verbrecher und Querulanten in rechts-extremen Parteien und Grüppchen Ton und Richtung angeben. Es sind immer dieselben Typen, die dem Ausland Anlaß geben, mit dem Finger auf die „unbelehrbaren Deutschen“ zu zeigen. Es sind immer wieder die gleichen Extremisten, die alle Anstrengungen aller bundesdeutschen Regierungen sabotieren, stören und unglaubwürdig machen wollen, Deutschland in der Welt – West und Ost – zu rehabilitieren.

Die Liste dieser Erben des Regimes der Schande und Unmenschlichkeit kann in wenigen Stunden zusammengestellt werden. Wir dürfen nicht länger zögern, diese Catilinarier mit allen legalen Mitteln aus dem politischen Leben zu entfernen. Die Demokratie als freiheitliche Lebensform ist auf die freiwillige Einhaltung ihrer Spielregeln durch alle angewiesen. Wer Holz, muß vom Spielfeld! Demokratie bedeutet nicht Schwäche!

Die Nazis haben – wieder einmal – unsere Freiheit mißbraucht. Unsere Geduld mit ihnen ist erschöpft. Wir denken nicht daran, bis in alle Ewigkeit wegen einiger politischer Desperados wiedergutzumachen und um Entschuldigung zu bitten. Bereits vor 1933 wußten viele Demokraten, was Nazismus bedeutet. Heute aber hat jeder zu wissen, daß Nazismus Krieg und den Ruin des Vaterlandes zur Folge hat. Das braune Experiment hat Resultate gezeitigt, die niemand ohne Strafe übersehen darf.

Möge die Bundesregierung bald die harten Maßnahmen ergreifen, die das Grundgesetz vorsieht. Denn der Kampf gegen den Nazismus ist unausweichlich. Er wurde uns von den siegreichen Alliierten 1945 abgenommen. Wir haben ihn nie bis zum eindeutigen Ende durchgefochten. Deshalb haben wir mitbüßen müssen. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Jedes demokratische Volk hat sich einmal in seiner Geschichte selbst von seinen Unterdrückern befreit, vor allem vor den Unterdrückern aus dem eigenen Volke.

Wer jetzt noch zögert, spielt nur denen in die Hände, die die fällige Auseinandersetzung mit dem Faschismus mit **allen** Mitteln führen wollen. Und – Hand aufs Herz – der Nazismus hat aus Deutschland zu verschwinden. Das ist das primäre Ziel. Wir aktiven Demokraten wollen das mit legalen Mitteln erreichen. Dann müssen wir sie aber auch anwenden. Oder wir werden wieder einmal mitschuldig.

Die Nazis haben 25 Jahre alle Freiheiten genossen. Sie haben diese Freiheiten aufs neue mißbraucht. Nun, da sie unsere Freiheit mit verstärkten verbrecherischen Energien zerstören wollen, haben sie die eigene Freiheit verwirkt. Die Zeit für eindeutige Maßnahmen ist gekommen. Um Entscheidungen kann keiner mehr herumtaktieren.

Einheit oder Freiheit – 1945

von Dr. Albrecht Kaden, Reg.-Direktor, Hannover

(1. Fortsetzung)

Ende August 1945 heißt es in den Politischen Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis gegenüber anderen politischen Faktoren, daß eine Einheitspartei nur „der Tummelplatz der schärfsten Kämpfe untereinander, des sich gegenseitigen Überlistens und Hereinlegens“ werden würde.

Kurt Schumacher also bekämpfte den Gedanken der Einheit, bekämpfte die Verwischung der Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Ganz anders Otto Grotewohl, der Vorsitzende jenes Zentralaussschusses, der sich im Juni in Berlin konstituiert hatte und weiter einer Vereinigung von Sozial-

demokraten und Kommunisten das Wort redete. Für ihn, für Grotewohl und seine Freunde bestand kein Zweifel, daß das Zentralkomitee der KPD den „festen Willen für aufrichtige Zusammenarbeit im Geiste gegenseitigen Vertrauens“ besitze. Grotewohl forderte Mitte September 1945 in Berlin in einer programmatischen Rede, daß „Spaltungsmanövern und Sabotageversuchen an der Einheit kein freier Raum gewährt werden“ dürfe.

Der Vorstand des SPD-Zentralaussschusses, bestehend aus Grotewohl, Max Fechner, dem späteren Justizminister der DDR bis 1953 – und Gustav Dahrendorf – folgte der Einladung Schu-

machers zur Konferenz von Wennigsen. Hier glaubten sie, von den versammelten Funktionären aus der britischen Zone und den anwesenden Vertretern der Bezirke aus Hessen und Nord-Württemberg/Baden das Mandat zur Führung der SPD auf „Reichsebene“ zu erhalten, ein Mandat, das sie in zweifacher Hinsicht anstrebten. Einmal hätten sie mit diesem Mandat ihrer Besatzungsmacht, der Sowjetunion, einen Schlüssel zur Beeinflussung der SPD in den Westzonen überreichen können und damit auch den Versuch machen können, die Konkurrenz der KPD bei der sowjetischen Besatzungsmacht besser zu bestehen. Zum anderen hätte das Mandat aber beitragen können, den Weg der deutschen Sozialdemokraten auch in den Westzonen im Sinne der von Grotewohl und dem Zentralaussschuß verfolgten Linie festzulegen, nämlich auf das Ziel hin, die organisatorische Vereinigung mit dem Kommunismus zu erreichen.

Es ist das historische Verdienst der in Wennigsen versammelten Funktionäre der SPD, daß sie unter Kurt Schumachers Führung diesen Versuch vereitelten.

Kurt Schumacher hatte in seinem Referat vor der Konferenz von Wennigsen am 5. Oktober 1945 ausgeführt, es sei ebenso unmöglich, die SPD „zentral von Berlin aus“ zu leiten, wie es angesichts der Zonengrenzen unmöglich sei, Deutschland von einer Besatzungszone aus zu regieren, ehe nicht wieder eine Reichsregierung mit den Kompetenzen für alle Besatzungszonen gebildet sei.

Deshalb schlug Kurt Schumacher vor, den Zentralaussschuß in Berlin „nur als maßgebend“ für die Sowjetzone anzusehen, jedoch auch in den Westzonen keinen Parteivorstand zu errichten, sondern ihn als „Beauftragten für die westlichen Besatzungszonen“ beim Wiederaufbau anzusehen und im übrigen auf den Tag zu warten, an dem „die Vertreter aller Besatzungszonen zusammen mit den Führern der Emigration den großen deutschen Parteitag abhalten“.

Indem die sozialdemokratischen Funktionäre im Jahre 1945 dieser Formel Kurt Schumachers zustimmten, nahmen sie im Interesse einer eigenständigen Entwicklung der SPD in den Westzonen auch das Risiko in Kauf, daß sich die beiden Teile der deutschen Sozialdemokratie diesseits und jenseits der Grenze zur sowjetischen Zone auseinanderlebten.

Diese Entscheidung von Wennigsen ist auf dem Hintergrund der Spaltung Deutschlands zu sehen, die im Herbst 1945 bereits eingetreten war. In dieser Situation schuf die SPD in den Westzonen die Voraussetzungen für eine von den Sowjets und ihren kommunistischen Anhängern freie Entwicklung – eine Entwicklung, die ihrerseits die SPD erst in die Lage versetzte, an der Errichtung der parlamentarisch-demokratischen Staatsform in Deutschland mitzuwirken.

Konnte die SPD auch angesichts der Verhältnisse die Einheit ihrer eigenen Organisation im ganzen Deutschland nicht bewahren: die Freiheit ihrer Entscheidungen errang sie mit ihrem Beschluß. Und damit leistete sie einen historischen Beitrag für die freiheitlich-demokratische Entwicklung in unserem Lande, der in unserer aller Erinnerung fest verankert sein sollte. Werfen wir nun einen Blick auf die Entwicklung der SPD in der Sowjetzone und – darauf folgend – speziell in Berlin.

Was der Zentralaussschuß im Oktober 1945 in Hannover vor allem für die britische Zone erfahren mußte – die Ablehnung seiner Vorstellungen über die organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung – bestätigte sich ihm auf einer Reise im November 1945, die die beiden Vorsitzenden Grotewohl und Dahrendorf in die amerikanische Zone unternahmen. Nur in Regensburg fanden sie Beifall für ihre Auffassungen – überall sonst, in Frankfurt, Stuttgart, München und Nürnberg wurde ihnen erklärt, daß an eine Vereinigung mit den Kommunisten nicht zu denken sei.

Inzwischen waren aber auch in der Sowjetzone das Auftreten der Kommunisten, ihre Vorstellungen von der zukünftig zu verfolgenden Politik, vor allem ihre Rolle als Interpreten der sowjetischen Besatzungspolitik auf die Kritik der sich sammelnden Sozialdemokraten gestoßen. Grotewohl versuchte, dieser Kritik in Berlin in einer Rede am 11. November 1945 Ausdruck zu verleihen, in der er zwar das Ziel der Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten bejahte, den Termin für eine solche Vereinigung aber hinausschob, bis es möglich sein würde, im Reichsmaßstab auf zentralen Parteitag darüber zu entscheiden.

Ich trage diese Episode deshalb vor, weil an den Konsequenzen, die diese Rede hatte, sichtbar wurde, wie hilflos der Zentralaussschuß unter sowjetischer Besatzung tatsächlich war. Es gelang Grotewohl, also dem Vorsitzenden der SPD in der Sowjetzone, nicht, daß seine Rede im Rundfunk übertragen und in den Zeitungen der Sowjetzone veröffentlicht wurde. Ja, er mußte hinnehmen, daß im Organ der Roten Armee in Deutschland, der „Täglichen Rundschau“, ein Bericht erschien, der so geschickt frisiert war, daß nur die Passagen wiedergegeben waren, die sich für die Einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten aussprachen.

Wenn das schon das Schicksal einer Rede des Vorsitzenden der SPD in der Sowjetzone war, wie muß es dann erst den vielen hunderten Funktionären ergehen, die täglich den örtlichen Maßnahmen der Kommunisten ausgesetzt waren und durch diesen Anschauungsunterricht, der von den Besatzungsoffizieren noch unterstützt wurde, belehrt waren, welche Rolle den Sozialdemokraten zugedacht war.

Es läßt sich anhand der überlieferten Dokumente nachweisen, daß im Frühherbst 1945 die Sowjets und ihre kommunistischen Anhänger ihre bisher geübte Zurückhaltung aufgaben und nun ihrerseits auf eine Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer „Sozialistischen Einheitspartei“, wie sie später heißen sollte, hinzuwirken begannen. Diese Politik wurde nach der Novemberrede Grotewohls außerordentlich forciert und nach einer Konferenz beider Parteispitzen Ende 1945 bis zum physischen Terror getrieben gegen alle sozialdemokratischen Funktionäre, die sich – gleich ihren Freunden in den Westzonen – der Vereinigung von SPD und KPD widersetzen. Den deutschen Kommunisten, die sich dieses politischen Druckes gegen Sozialdemokraten schuldig machten, ist kein Vorwurf aus ihrer Zielsetzung an sich zu machen. Entscheidend für die Beurteilung ihres Verhaltens scheint mir zu sein, daß sie sich unverhohlen der Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht und damit der Roten Armee bedienten, um ihre Ziele durchzusetzen.

Dafür daß es von entscheidender Bedeutung war, welchen Einfluß die Sowjets in Deutschland ausübten, gibt es einen überzeugenden Beitrag. Die SPD in den drei westlichen Sektoren Berlins konnte sich der Vereinigung widersetzen, weil dort die westlichen Besatzungsmächte keinen Druck auf die Parteimitgliedschaft und ihre Funktionäre ausübten. So war es möglich, daß sich in Berlin mehrere Gruppen sozialdemokratischer Funktionäre bildeten, die im Gegensatz zum Zentralaussschuß durchsetzen konnten, daß in einer Urabstimmung aller Mitglieder der SPD festgestellt wurde, ob es zu einer Verschmelzung beider Parteien kommen sollte.

Bekanntlich fand diese Urabstimmung am 31. März 1946 statt und brachte das Ergebnis, daß sich 19500 Mitglieder, das waren 82,2% der Stimmberechtigten, gegen eine Vereinigung von SPD und KPD aussprachen. Allerdings konnte die Urabstimmung unbehindert nur in den Westsektoren stattfinden. In den acht Verwaltungsbezirken Ost-Berlins, also im sowjetischen Sektor der Stadt, griffen die Sowjets ein und schlossen die Stimmlokale, wo die Drohung mit dieser Maßnahme, die vorher ausgesprochen worden war, wirkungslos geblieben war. (Fortsetzung folgt)

Würzburg und wir

von August Kerger

Der Aufmarsch von mehreren tausend Rechtsextremisten in Würzburg, bei dem unter dem Jubel der Versammelten aufrechte deutsche Patrioten und Verständigungspolitiker wieder als Verräter und Verbrecher beschimpft und Aufforderungen zu ihrer Ermordung ergingen, ist unseren Kameraden durch die Veröffentlichungen in den Zeitungen und Massenmedien hinreichend bekannt. Zu unserem großen Erstaunen mußten wir allerdings feststellen, daß in einer Hamburger Morgenzeitung (bzw. in ihrer Bremer Ausgabe) am 2. 11. 1970 das Reichsbanner neben NPD, Stahlhelm usw. als an der „Aktion Widerstand“ beteiligt und auch als in

Würzburg anwesend dargestellt wurde. Wir haben sofort an die Redaktion geschrieben und u. a. gesagt:

„Es ist für uns unvorstellbar und geradezu eine Beleidigung, daß in Ihrer Redaktion ein solcher Lapsus passieren konnte . . . Ist Ihnen nicht bekannt, daß unsere Organisation ein ganz besonderer Gegner der Extremisten jeder Couleur und der rechtskonservativen Reaktionäre in der Bundesrepublik ist? Unser Bund findet seine Notwendigkeit und seine Aufgaben durch die Vorkommnisse in Würzburg geradezu bestätigt. Unserem Bund gehören wie vor 1933 in der Hauptsache Anhänger

oder Mitglieder der SPD, aber auch zahlreiche entschiedene Demokraten in der CDU und in der FDP an. Seit Jahren haben wir vor den restaurativen Tendenzen in der Bundesrepublik gewarnt und unsere Mitbürger zum Engagement für unseren Staat aufgefordert. Leider sind wir auch von den demokratischen Parteien als lästige Mahner und „nicht mehr zeitgemäße Organisation“ bezeichnet und entsprechend behandelt worden, obwohl sich die stillschweigende Ablehnung langsam in eine wohlwollende Duldung umzuwandeln scheint. Und nun passiert es uns noch – siehe oben – zum Kreis der Ewiggestrigen gezählt zu werden . . .

Dürfen wir Sie freundlichst bitten, uns den, sicherlich unbeabsichtigt zugefügten Schaden dadurch gutzumachen, daß Sie auch . . . auf unsere Aufgaben hinweisen. Wenn Ihnen die beanstandete Meldung durch ein Nachrichtenbüro übermittelt

wurde, wären wir dankbar dafür zu wissen, welches Büro es war.“

Die Hamburger Morgenpost (einer großen demokratischen Partei nahestehend) hat schon am 3. 11. 1970 eine kurze Richtigstellung gebracht; sie hätte aber noch deutlicher ausfallen können.

Es wird allerdings aufgrund einer Fernsehsendung nach wie vor behauptet, daß in der Begrüßungsansprache der Rechtsextremisten in der Frankenhalle in Würzburg auch das „Reichsbanner“ genannt worden sei. In einem Bericht des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes wird jedoch vom „Reichsbund“ gesprochen. Was ist nun richtig? Nur Verrückte oder Böswillige können annehmen, daß unser Bund mit Hakenkreuz und Stahlhelm und sonstigen, politisch dubiosen Schwarzweißbroten, in der sogenannten Aktion Widerstand zusammengeht.

Gelesen, zitiert und kommentiert

Die „legale Rechte“

„Aufmerksame Beobachter der politischen Verhältnisse unseres Landes haben immer schon darauf hingewiesen, daß mit den Wahlniederlagen der NPD der Kampf gegen den Rechtsradikalismus, Nationalismus und Neonazismus durchaus nicht zu Ende ist. Gerade die letzten Monate haben bewiesen, wie stark die sog. „legale Rechte“ ist, zu der in erster Linie die CSU, die „Nationalliberalen“, die Vertriebenenverbände und die Springer-Presse gehören. Mit „Argumenten“ und Unterstellungen, die sich in nichts von denen der NPD unterscheiden, dabei grenzenlos unanständig und verantwortungslos in den Methoden, kämpfen diese „Ewiggestrigen“ gegen die auf Ausgleich und Entspannung gerichtete Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Die dadurch provozierten Auseinandersetzungen werden mit Sicherheit noch lange das innenpolitische Klima der Bundesrepublik bestimmen. Von Strauß und seinen Gesinnungsfreunden kann man nach den bisherigen Erfahrungen ja nicht erwarten, daß sie in absehbarer Zeit (wenn überhaupt) zu Sachlichkeit, Nüchternheit und Anständigkeit zurückkehren. Diese Situation diktiert eine besondere Verantwortung für alle demokratischen Kräfte, die die Entspannungspolitik der Bundesregierung unterstützen. Zunächst gilt es, sich immer wieder öffentlich zu ihr zu bekennen. Genauso wichtig ist es, sich „an allen Fronten“ hart mit der „legalen Rechte“ auseinanderzusetzen.“

(Ausblick 10/70)

Bild

„Wer da glaubt, im Bild zu sein, wenn er „Bild“ liest, irrt sich gewaltig. Ganz im Gegenteil. Mit bewährter Sorgfalt enthält „Bild“ seinem Leser weitgehend solche Informationen vor, die alle lebenswichtigen Probleme, vor allem Politik, betreffen, und deren Kenntnis für jeden so notwendig wäre. Statt dessen machen Banalitäten fette Schlagzeilen, ersetzen Mord und Seelenwehwehen, Sex und Unglücksfälle die politische Nachricht, werden Nebensächlichkeiten zu Sensationen aufgeblasen . . .

- Politische Ereignisse kommen bei „Bild“ nicht vor . . .
- „Bild“ bei Sexkaiserinnen und an Königshöfen . . .
- Hauptaufgabe: Nicht informieren . . .
- „Bild“ sprach mit den Toten . . .
- Der „Bild“-Leser – für dumm verkauft . . .
- „Bild“ als Lebenshilfe des „kleinen Mannes“? . . .
- Faule Eier in „Bild“ . . .
- „Bild“ sagt auch die Unwahrheit . . .

Und unser Rat an Sie:

- Wenn Sie also weiterhin desinformiert werden wollen,
- wenn Sie sich von einer Zeitung für dumm verkaufen lassen wollen,
- wenn Sie nichts dagegen haben, sich gegen Ihre eigenen Interessen beeinflussen zu lassen,
- wenn Ihnen Informationen über Paolas Schicksal wichtiger erscheinen als über Schulreform und Berufsausbildung und andere wichtige Probleme für Ihre Kinder, dann lesen Sie „Bild“.
- Es ist ein bewährtes Mittel für politische Abstinenz.“

Herta Lischke-Arbert

(HZ 11/70)

Polizeioffiziere gründen „Kameradschaftshilfe“ für NZ-Prozesse

„Eine besondere Form von Informationshilfe für ehemalige Polizei-offiziere, die wegen Straftaten während der Zeit des NS-Regimes vor Gericht standen, wurde am Dienstag vor dem erweiterten Essener Schöffengericht offenkundig. Der wegen fortgesetzter unerlaubter Rechtsberatung, Begünstigung in zwei Fällen und Anstiftung zu einer falschen Zeugenaussage angeklagte ehemalige Major der Schutzpolizei, der 62 Jahre alte Willy Papenkort, seit 1964 Beauftragter für das Lehrlingswesen bei der Handwerkskammer in Arnsberg, berichtete, bei einem Treffen von rund 30 höheren ehemaligen Polizei-offizieren in Bonn sei eine Kameradschaftshilfe ins Leben gerufen worden. In dieser Vereinigung habe er die „Betreuung“ der Polizeibeamten übernommen, die wegen unrechtmäßiger Exekutionen in ehemals besetzten Gebieten angeklagt waren. Auf Wunsch belieferte Papenkort die Angeklagten mit „Informationsmappen“, die Urteilsabschriften vorangegangener NS-Prozesse, Auszüge aus Gutachten, einschlägige Befehle aus dem zweiten Weltkrieg, „aber auch wohlmeinende Ratschläge“ enthielten. Dazu gehörte die Empfehlung, sich immer darauf zu berufen, unter dem Druck der SS gehandelt zu haben.“

(dpa 29. 10. 70)

Willke gewinnt Rechtsstreit gegen „Deutschland-Stiftung“

„Der Schriftsteller Kurt Ziesel und weitere Vorstandsmitglieder des Vereins „Deutschland-Stiftung e. V.“ sind in einem Rechtsstreit gegen den Münchner Publizisten Jochen Willke endgültig unterlegen. Das Bayerische Oberste Landesgericht hat ihre Anträge auf Revision früherer Urteile verworfen und ihnen die Kosten des Rechtsstreits auferlegt. Willke hatte aus Anlaß der ersten Verleihung von „Adenauer-Preisen“ durch den Verein im Frühjahr 1967 in der Münchner Universität geschrieben: „ . . . hier trat – unter Adenauers Protektorat und unter Teilnahme sämtlicher verfügbarer Honorationen – eine aus unbelehrbaren Nazis, Hugenberg-Erben und verdrängten Völkischen formierte Vereinigung ans Licht . . .“ Daraufhin klagten Ziesel und die anderen wegen Beleidigung.

Doch das Amtsgericht und dann als Berufungsinstanz das Landesgericht sahen darin keine Beleidigung. Nach dem Strafrecht sei der Ausdruck „unbelehrbarer Nazi“ zwar eine Beleidigung, doch müsse klar werden, wer gemeint sei. Wenigstens müsse der Personenkreis, auf den solche Bezeichnung gemünzt sei, klar umrissen sein. Festakt, Auftreten und Selbstdarstellung der „Deutschland-Stiftung“ hätten den Eindruck erweckt, es handle sich um eine große Vereinigung. Niemand habe erkennen können, daß die sogenannte Stiftung, die einen Vorstand, Beiräte sowie Ehrenpräsidenten (Adenauer, Merkatz, Helliwege und – damals noch – Goppel) hatte, in Wirklichkeit ein Verein mit ganzen elf Mitgliedern war. Da auch Außenstehende meinen konnten, die Deutschland-Stiftung sei ein großer Zusammenschluß, sei der Personenkreis, der durch die Bezeichnung „unbelehrbare Nazis“ hätte beleidigt werden können, nicht scharf genug umgrenzt gewesen. Dieser Auffassung von Amtsgericht und Landesgericht München I hat sich nun auch das Oberste Landesgericht angeschlossen.“

(SZ)

Österreichfahrt des O.V. Frankfurt – Sommer 1970

Die 14tägige Österreichfahrt wurde in jeder Hinsicht zu einem vollen Erfolg. Gute Kameradschaft unter den 40 Teilnehmern, angenehme Unterbringung und Bewirtung im „Stroheimer Hof“ bei Eferding/Oberösterreich, aufschlußreiche politische Begegnungen und Unterredungen mit ehemaligen Schutzbündlern, (jetzt sozialistische Freiheitskämpfer) reizvolle Fahrten durch das

weltbekannte Seengebiet des Salzkammergutes und die herrliche Bergwelt der Steiermark und dazu das schönste Urlaubswetter dieses Sommers, kurz gesagt: ein unvergeßliches Ereignis für alle Beteiligten.

Teilnehmer waren überwiegend Reichsbannerleute mit Angehörigen aus Frankfurt und Wiesbaden. Nach kurzer Frühstücksrast am

Steigerwald treffen wir in Amberg/Opf. zum Mittagstisch ein. Anschließend geht die Fahrt durch den Bayerischen Wald über Cham zum Regensee bei der Kreisstadt Regen. Nach kurzer Kaffeerast weiter über Passau, entlang dem Inn, zur Grenze bei Neuhaus/Schärding am Inn. Ein Wolkenbruch erzwingt an der Grenze einen halbstündigen Aufenthalt. Mit verlangsamer Fahrt erreichen wir unseren Zielort: Stroheim/Ober-Österreich. Nach 600 km Busfahrt empfängt uns die Dorfkapelle (30 Mann Blasmusik); die Strapazen der langen Reise sind vergessen.

Nach einem Ruhetag besuchen wir das Staatsbad Schallerbach bei Wels. Am anderen Tag geht die Fahrt durch die Kornkammer Österreichs in Richtung der Landeshauptstadt Ober-Österreichs: Linz (Donau). Bei Alkoven passieren wir „Schloß Hartheim“. Während der Nazi-Zeit war dieses Schloß Euthanasie-Station, dem KZ. Mauthausen unterstellt. Hier gab es keine Überlebende. 55 000 Häftlinge starben hier einen qualvollen Tod.

Erste Rast dieses Tages ist „Stift Wilhering“ am Donauufer, 10 km vor Linz. Der Klosterbau fiel dem Klostersturm der Nazis für 5 Jahre zum Opfer. 1945 kehrten die Mönche zurück und führen seit dieser Zeit die Klosterbauten als Vollgymnasium. Die Stiftskirche, die schönste Rokokokirche Österreichs, hält unsere Besucher beim Eintritt gefangen.

Um 10 Uhr herzliche Begrüßung durch Linzer Kameraden unter Führung des Stadtratsmitgliedes Kamerad Hirsch. Nach kurzem Empfang bei Bürgermeister Franz Hillinger und Übergabe eines Buchgeschenkes der Landeshauptstadt Linz 2 Stunden Stadtrundfahrt durch das alte und neue Linz. Wir werden vor dem Rathaus einen Kranz aus frischem Grün mit rot/weißen Nelken und schwarz-rot-goldener Schleife mit Inschrift: „Euer Opfer, Mahnung an die Lebenden. — Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Frankfurt am Main BRD“.

Unser Bus fährt zum ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen. Im Einvernehmen mit der Lagerverwaltung findet hier die Gedenkfeier aus Anlaß der Befreiung aus dem KZ vor 25 Jahren statt. Bereits im Vorhof ahnten die Teilnehmer, was sie hinter dem Einmarschort zum eigentlichen Lager erwartete.

Aus weißem Stein gehauen steht hier das überlebensgroße Monument des sowjetischen Generals Karbischew, der als Anführer einer Widerstandsgruppe am 28. Februar 1945 lebend von der SS in Eis gegossen wurde.

In geschlossener Formation mit den österreichischen Kameraden bewegte sich ein feierlicher Zug, voran die alte schwarz-rot-goldene Fahne des Frankfurter Reichsbanners, gefolgt von zwei Kranzträgern, über den Appellplatz zum Sarkophag des unbekanntes Häftlings. Der Leiter der Frankfurter Delegation, Kamerad Funk, erinnerte in seiner Gedenkrede an die grausamen Vorgänge in diesem Lager. Von März 1939 bis zur Befreiung am 5. Mai 1945 waren hier 335 000 Personen beiderlei Geschlechts aus 28 Nationen inhaftiert, die überwiegende Mehrzahl wegen ihrer Nation, Abstammung, politischen Tätigkeit oder Religion. 127 767 Männer, Frauen und Kinder wurden in Mauthausen ermordet.

Anschließend sprach der Vertreter der Österreichischen Freiheitskämpfer. Er bedauerte, daß der Urheber der in den KZ verübten Greuel, Hitler, aus der nahen Umgebung dieses Lagers stamme, daß er aber auch Helfershelfer in Deutschland gefunden habe. Jedoch die Tatsache, daß allein in Mauthausen 1850 Deutsche inhaftiert waren und allein im April 1945 noch 30 Angehörige der Wehrmacht ermordet wurden, beweise den Widerstand eines großen Teils des deutschen Volkes gegen die Hitlerbarbarei. Der Sprecher appellierte an alle Teilnehmer, niemals zu vergessen, was Nationalismus und Faschismus der Welt angetan haben.

Dann vollzieht sich die Krönung unserer Reise: wir fahren nach Wien! Zur allseitigen Überraschung begrüßt uns dort zuerst ein Vertreter der Stadt Wien im Auftrage des Bürgermeisters. Anschließend ebenso herzliche Begrüßung durch eine Delegation früherer Schutzbündler. Der Vertreter der Stadt Wien, Herr Ingenieur Friedrich Weber, übernimmt Führung und Betreuung. Erste Station ist das Schloß „Schönbrunn“. Nächste Station: Die Stadthalle mit ihren Riesensälen. Vor dem „Steffel“, dem Wahrzeichen der Stadt Wien mit 137 m hohem Turm, haben Dutzende „Fiaker“ ihren Standplatz. Weiter geht die Fahrt durch das „Alte Wien“, über die Ringstraße. Eindrucksvoll die historischen Bauten, die Galerien und Denkmäler.

Wir erreichen das „Wiener Rathaus“. Durch das Hauptportal gelangen wir in den riesigen „Arkadenhof“. Später eine besondere Überraschung: Die Kameraden vom „Verband der sozialistischen Freiheitskämpfer und Verfolgten des Faschismus in Österreich“ bitten uns zum „Heurigen“. Herr Ing. Weber bedankt sich in seiner Tischrede für den Besuch des „Reichsbanners“ in der freiheitlich-demokratisch regierten Stadt Wien.

Der Wiener Kamerad Trimmel überraschte uns mit der Verlesung eines Artikels aus der „Reichsbanner-Zeitung“ aus dem Jahre 1925, in dem die Ideengleichheit des Reichsbanners mit dem Republikanischen Schutzbund Österreichs manifestiert ist. Mit dem Wunsch, den wiedergefundenen Kontakt der beiden demokratischen Organisationen künftig aufrecht zu erhalten, schloß Kamerad Trimmel seine Ansprache. Mit bewegten Worten dankte Kamerad Fr. Funk für die Frankfurter der Stadtverwaltung Wien für die Gastfreundschaft des Herrn Ing. Weber von der Stadtverwaltung als Stadtführer, dem Kameraden Trimmel nebst den Wiener Kameraden für ihre Vermittlung bei der Stadtverwaltung und Betreuung beim Heurigen. Die Abreise aus Wien führt vorbei am Schloß Schönbrunn. Im strahlenden Abendkleid, durch unzählige Lichter angestrahlt, erglänzen Schloß und Gloriette; zum Abschied ein unvergeßliches Bild.

Fr. Funk

Anmerkungen der Redaktion: Einheit oder Freiheit und nicht Einheit und Freiheit lautet das Leitthema des Vortrages von Dr. Kaden, was wir in der heute abgedruckten 1. Fortsetzung richtiggestellt haben. Und im Nachwort zum Artikel von Gaus über die Harzburger Front sind in der 3. Zeile natürlich **entschiedene** und nicht **entscheidende** Demokraten gemeint.

Aus den Landesverbänden und Ortsvereinen

Hamburg: In einer Mitgliederversammlung am 7. 11. 1970 erstattete der Vorsitzende Kamerad Clasen einen Bericht über die Bildungsveranstaltung in Hannover. Begrüßt wurde die Absicht, ein Wiedersehenstreffen ehemaliger Reichsbannerkameraden für das Bundesgebiet durchzuführen; eine diesbezügliche Anschriftensammlung im Hamburger Gebiet wird eingeleitet. Ferner wird der Versuch unternommen, eine verstärkte Werbung auch unter den Frauen vorzunehmen; der Bund steht entgegen der Zeit bis 1933 auch für die Mitgliedschaft von Frauen offen. Der Bundesvorstand erhielt konkrete Vorschläge für die Aktivierung dieser Aufgabe. Kamerad Beuk wies darauf hin, daß das Eigentum des Reichsbanners, das sich noch in anderen Händen befindet, herausgegeben werden müßte, zumal nach den Satzungsbestimmungen des Bundes dieser die Fortsetzung des Reichsbanners aus der Zeit bis 1933 ist. Gütliche Versuche, die Herausgabe der Gegenstände zu erreichen, sollen erfolgen. Mit den politischen Parteien sollen immer wieder Kontakte aufgenommen werden, um zumindest eine moralische Förderung der Aufgaben unseres Bundes zu erreichen. Der Mitgliederwerbung soll auch in Zukunft der Vorrang der künftigen Arbeit eingeräumt werden, wobei insbesondere versucht werden soll, mehr jüngere Mitglieder zu gewinnen. Auf die im März stattfindende Delegiertenkonferenz des Bundes für den norddeutschen Raum wurde hingewiesen und Überlegungen für die Arbeit im Jahre 1971 angestellt und auch schon entsprechende Festlegungen getroffen. Die Hamburger Kameraden hoffen in zäher Kleinarbeit Schritt für Schritt die Basis für den Bund verbreitern zu können.

München: Die Arbeit der Münchener Kameraden stößt nach dem Tode des Kameraden Göhler nach wie vor auf Schwierigkeiten, obwohl bei der letzten Wiedersehensveranstaltung noch viele hundert ehemalige Kameraden anwesend waren. Diese Schwierigkeiten können nur behoben werden, wenn einige jüngere Kameraden zusammen mit den älteren Kameraden, die die Mitgliedschaft im Bunde wieder erneuert haben, den Versuch unternehmen, alle aktiven Demokraten auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Arbeit des Bundes mit seinen neuen Aufgaben durch eine Mitgliedschaft zu unterstützen. Der Ausbau der Organisation kann dann leichter als bisher vor sich gehen; der Bundesvorstand wird nach Möglichkeit diese Arbeit unterstützen.

Nordrhein-Westfalen: Die Aktivität der Rechtsradikalen und ihrer Helfers-

helfer wird verstärkt auch im Lande bemerkbar; die sogenannte „Aktion Widerstand“ ist u. a. auch in Bonn aufgetreten. Eine zentrale Zusammenkunft aller aktiven Kameraden im Lande soll jetzt vorbereitet werden, auf der unter besonderer Betonung der neuen Aufgaben des Bundes beraten werden soll, wie den noch immer herrschenden Vorurteilen großer Kreise der Öffentlichkeit unserem Bunde gegenüber, die uns als eine „Traditionsvereinigung“ ansieht, begegnet werden kann. Der O. V. Bonn wird im November eine Mitgliederversammlung und im Dezember eine gesellige Veranstaltung durchführen.

Kameraden im Ausland: Aus einer uns jetzt vorliegenden Übersicht geht hervor, daß es noch zahlreiche Kameraden gibt, die im Ausland und insbesondere in Übersee leben und zu einem großen Teil ihre Mitgliedschaft wieder haben aufleben lassen. Es wird versucht, einen noch engeren Kontakt mit diesen Kameraden herzustellen. Wer kennt noch Anschriften von Kameraden, die bisher noch nicht wieder ihre Mitgliedschaft erneuert haben?

Versammlungskalender und Kurzberichte aus der Tätigkeit des Bundes in den Landesverbänden und Ortsvereinen für die Dezember-Nr. müssen bis spätestens 5. Dezember 1970 bei der Redaktion eingegangen sein.

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 11 — November 1970 — 14. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,

6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (06 11) 29 41 61.

Redaktion und verantwortlich: August Kerger, 53 Bonn-1, Nikolausstraße 17 II.

Tel.: (022 21) 22 97 15 und Erich Knapp, 53 Bonn-1, Annagraben 45 bei Ruhlend.

Druck: Pullmann & Stevermüer, Offenbach am Main.

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.